

ENTSCHLIESSUNGSAANTRAG

der Abgeordneten Dr. Susanne Fürst
und weiterer Abgeordneter

betreffend **Keine Erhöhung der Zahlungen an internationale Organisationen**

eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 2, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (67 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2025 (Bundesfinanzgesetz 2025 – BFG 2025) samt Anlagen (108 d.B.), UG 12, in der 32. Sitzung des Nationalrates, XXVIII. GP, am 16. Juni 2025

Die Österreicher stehen vor einem gewaltigen Belastungspaket: mit massiven Gebührenerhöhungen, Steuerbelastungen bis hin zu einer anhaltenden Teuerungswelle, die gerade für Familien und Mittelstand schwer tragbar ist. In dieser Situation ist es nicht nachvollziehbar, dass Österreich die Beiträge an internationale Organisationen noch weiter erhöht. Allein die Beiträge an die Vereinten Nationen steigen von 139,043 Millionen Euro (2024) auf 168,208 Millionen Euro (2026) an – ein Plus von 21 %. Auch der Beitrag an den Green Climate Fund wächst um 20 Millionen Euro.

In Summe plant die österreichische Bundesregierung in den Jahren 2025 und 2026 1.391 Millionen Euro an internationale Organisationen zu überweisen.¹

Gerade in Zeiten von Teuerung und wirtschaftlicher Unsicherheit ist es aus Sicht der FPÖ nicht zu rechtfertigen, dass Steuergelder für immer höhere Zahlungen an internationale Organisationen verwendet werden, deren Nutzen für Österreich oft weder messbar noch überprüfbar ist.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten, wird aufgefordert, keine Erhöhungen der österreichischen Beiträge an internationale Organisationen vorzunehmen.“


(BELAKOWITSCH)


(KÜNZ)


(KUTSCHERA)

¹ https://service.bmfi.gv.at/Budget/Budgets/2025_2026/beilagen/Beitraege_internationale_Organisationen_2025_2026.pdf

